

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Juli/August 2018

Frankfurt magazin

Berliner Seen:
Beste Badewasserqualität



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© Friedhelm Windmüller

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

noch kurz vor der Sommerpause hat es mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Beamtenstreik eine wegweisende Entscheidung gegeben, die der dbb berlin nachdrücklich begrüßt und von der wir auch endlich Konsequenzen für die Berliner Lehrerinnen und Lehrer erwarten.

Mit wegweisenden Entscheidungen tut sich dagegen unser Senat eher schwer. Das zeigt wieder einmal der Umgang mit den Vorschlägen der sogenannten Alt-Kommission. Tatsächlich könnten die weitgehend mit langjährigen dbb Forderungen identischen Maßnahmen nämlich längst umgesetzt sein und bedürfen keines neuerlichen langwierigen Diskussionsprozesses.

Immerhin ist es jetzt wenigstens gelungen, einheitliche Verfahrenshinweise für den Umgang mit Anträgen, Widersprüchen und Klageverfahren, die auf amtsangemessene Besoldung gerichtet sind, festzulegen – allerdings auch nur mit unverständlich langem zeitlichen Vorlauf.

Besonderes Augenmerk haben wir in dieser Ausgabe einmal auf die kreativen Köpfe gelenkt, die im Hintergrund für den dbb berlin arbeiten, und stellen unsere bewährte Werbeagentur „brandung3“ vor.

An Berufsanfänger richtet sich in erster Linie der Beitrag zum Krankenversicherungsschutz, und auch unsere Mitgliedsgewerkschaften haben wieder interessante Meldungen beigetragen.

Auch eine im Hochsommer besonders erfreuliche Nachricht fehlt nicht: Die Qualität der Berliner Badegewässer ist sehr gut und wer will, kann sich sogar online darüber informieren.

Eine schöne Sommerzeit wünscht

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Berufspolitik

dbb berlin begrüßt Streikverbot	4
Endlich klare Verfahrenshinweise	4
Senat muss endlich handeln	5
Wahlleistungen verbessern!	5

dbb berlin intern

Die neue Landesleitung	6
Erfolgreiche Werbung mit brandung3	14

Digitalisierung

15 dbb Thesen	8
---------------	---

Aus den Mitgliedsgewerkschaften

Tarifverhandlungen Nahverkehr	9
Hilferufe aus der Grundschule	9
Stabwechsel bei gkl Senioren	10
Sprachpartnerschaften	10

Zum Ausbildungsstart

Infos zum Krankenversicherungsschutz	12
--------------------------------------	----

Unterhaltung

Sehr gute Note für Badegewässer	13
Preisrätsel	15

Kurz notiert

Neue Initiative gegen Hass und Gewalt	16
BSBD Berlin verurteilt Brandanschlag	16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@

dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane

Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712.

Preisliste 15, gültig ab 1.10.2017. **Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien,

Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern.

Fotos: wie angegeben. **Titelbild:** © Bild in motion / stock.adobe.com

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Bundesverfassungsgericht entscheidet Lehrerstreik-Fälle

dbb berlin begrüßt Streikverbot

Der dbb berlin hat die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum beamtenrechtlichen Streikverbot ausdrücklich begrüßt. Beamtenstatus und Streikrecht sind grundsätzlich nicht miteinander vereinbar, urteilte der Zweite Senat des Gerichts unter Vorsitz von Präsident Andreas Voßkuhle am 12. Juni 2018 in Karlsruhe.

„Mit dieser Entscheidung hat das oberste deutsche Gericht die Rechtsauffassung des dbb berlin zum Beamtenstatus hundertprozentig bestätigt“, kommentiert dbb Landeschef Frank Becker die Karlsruher Entscheidung. Es war schon immer die Auffassung des dbb berlin, dass die Verfassung mit dem dort verankerten Berufsbeamtentum und seinen Grundsätzen ganz bewusst einen streikfreien Raum, in dem die ständige staatliche Aufgabenerledigung sichergestellt wird, vorsieht. Die Verlässlichkeit und Neutralität der Leistungen des Staates sind in der Bundesrepublik Deutschland über den Beamtenstatus abgesichert.

Wiederverbeamtung der Lehrkräfte jetzt!

„Insbesondere wären Streiks an Schulen unverantwortlich. Wenn für die Schülerinnen und Schüler Schulpflicht besteht, ist der Staat verpflichtet, Lehrerinnen und Lehrer jederzeit für den Unterricht zu garantieren.

Aus diesem Grund müssen Lehrerinnen und Lehrer in Berlin, wie in den anderen Bundesländern, wieder verbeamtet werden“, fordert Becker abschließend.

Endlich klare Verfahrenshinweise!

Der Berliner Senat hat endlich den Umgang mit Anträgen, Widersprüchen und Klageverfahren, die auf amtsangemessene Besoldung gerichtet sind, vereinheitlicht und am 3. Juli 2018 einer entsprechenden Vorlage von Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen zugestimmt.

Entsprochen wird damit einer Forderung des dbb berlin, der bereits seit September vergangenen Jahres auf ein Ruhen der Verfahren und auf den Verzicht auf die Einrede der Verjährung in dieser Sache drängt.

Das heißt, über Anträge und Widersprüche, die Beamtinnen und Beamte auf amtsangemessene Besoldung gestellt beziehungsweise erhoben haben, wird vorerst nicht entschieden. In Klageverfahren soll auf die Einrede der Verjährung dann verzichtet

werden, wenn die Verjährung auf einer Ruhendstellung basiert.

„Es wird höchste Zeit, dass den Dienststellen des Landes Berlin eine Verfahrensempfehlung an die Hand gegeben wird, die für Klarheit und Einheitlichkeit hinsichtlich der Umgangsweise mit den entsprechenden Anträgen und für eine Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Personalstellen sorgt“, kommentierte dbb Landeschef Becker den Beschluss.

Senat muss endlich handeln!

Der Berliner Senat hat am 12. Juni 2018 den Abschlussbericht der Steuerungsgruppe zur Verbesserung der gesamtstädtischen Verwaltungssteuerung zur Kenntnis genommen. Neu dürften ihm die Vorschläge der Expertengruppe unter Leitung des ehemaligen Vizepräsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Alt, allerdings kaum sein, denn die seit Jahren immer wieder vom dbb berlin erhobenen Forderungen sind weitgehend deckungsgleich.

So schlägt die Steuerungsgruppe vor, die Personalgewinnung und -entwicklung zu verbessern, ein gesamtstädtisches System der Steuerung zu etablieren, Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, Chancen der Digitalisierung zu nutzen und Change-Management-Prozesse zu verstärken.

Auch die Steuerungsgruppe zeigt sich überzeugt, dass Berlin als Arbeitgeber deutlich attraktiver werden muss. Unter anderem müssten die Aus- und Weiterbildung neuen Anforderungen Rechnung tragen, das öffentliche Dienstrecht flexibilisiert und das Beurteilungswesen und die Beförderungspraxis gründlich überarbeitet sowie ein aktives, präventiv wirkendes Gesundheitsmanagement installiert werden.

Denn so wörtlich in dem Bericht: „Leistungsqualität, Motivation und Freundlichkeit im Alltag entscheiden

über das Ansehen der Berliner Verwaltung als Dienstleister und als Arbeitgeber. Dazu gehört eine angemessene Vergütung mit klaren Perspektiven beruflicher Entwicklung, ein Arbeitsumfeld, das den Erfordernissen der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf gerecht wird, und eine Kultur der Wertschätzung der Bürgerinnen und Bürger durch die Verwaltung und der Angehörigen des öffentlichen Dienstes untereinander und durch die Vorgesetzten.“

Der Senat will die Vorschläge der Steuerungsgruppe jetzt im Einzelnen prüfen, ließ der Regierende Bürgermeister verlauten.

„Viel Zeit sollte er sich dafür allerdings nicht mehr lassen, denn der personelle Wettbewerb ist längst in vollem Gange und entschlossenes Handeln überfällig“, mahnte dbb Landeschef Frank Becker.

Beihilfe

Wahlleistungen verbessern!

Der dbb berlin hat angeregt, das Beihilferecht durch verbesserte Wahlleistungen attraktiver zu gestalten. In einer Stellungnahme zum Entwurf einer Dritten Veränderungsverordnung zum Landesbeihilferecht wurde darüber hinaus grundsätzlich die Weiterentwicklung des Berliner Beihilferechts in Richtung Bundesrecht begrüßt.

In einem Schreiben an Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen heißt es dazu, dass das Land Berlin mit der Verordnung zu einer Vereinheitlichung und Fortentwicklung des Beihilferechts in Bund und Ländern beitrage.

Das betreffe die Leistungsverbesserungen im Bereich der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung ebenso wie notwendige Änderungen aufgrund der aktuellen Rechtsprechung. Auch Veränderungen aufgrund von praktischen Erfahrun-

gen im Land Berlin seien eingeflossen. Verzichtet wurde in dem Entwurf demgegenüber darauf, schon jetzt die im Bundesrecht in zwei Stufen vorgesehene Anhebung der Sätze für Heilmittel vorzunehmen.

Der dbb berlin drängt hier für eine schnelle Anpassung schon mit der vorliegenden Dritten Änderungsverordnung, weil die aktuellen Sätze zu hohen Selbsthalten bei den Betroffenen führen.

Die neue Landesleitung

An der Spitze: Der bewährte Streiter und Sympathieträger

Das hauptstadt magazin wird in dieser und den folgenden Ausgaben die Mitglieder der am 30. Mai 2018 vom 23. Landesgewerkschaftstag des dbb berlin neu gewählten Landesleitung vorstellen. Den Anfang macht in dieser Ausgabe der Landesvorsitzende. Es hieße allerdings Eulen nach Athen tragen, wollte man den einstimmig in seinem Amt bestätigten Frank Becker ernsthaft nochmals persönlich vorstellen, ist er doch längst eine Institution in der Hauptstadt.



Saturday-Night-Feger Frank Becker



Als sachkundiger Redner

Seine Amtsführung in den vergangenen Jahren, die ihm das überwältigende Vertrauensvotum des Gewerkschaftstags beschert hat, verdient es allerdings, näher betrachtet zu werden. Und das hat der Landesvorsitzende der DSTG Berlin, Detlef Dames, als er Becker auf dem Gewerkschaftstag zur Wiederwahl vorgeschlagen hat, auf besonders überzeugende Weise getan.

Zu den Anforderungen und Erwartungen, die generell an einen dbb Landesvorsitzenden gestellt werden, hatte Dames zunächst ausgeführt:

„Er ist die Klammer, die den Landesbund Berlin mit seinen Mitgliedsgewerkschaften und Verbänden zusammenhalten soll. Und er ist Repräsentant des Landesbundes gegenüber Verwaltung und Politik genauso wie gegenüber den übrigen Landesbünden. Und er soll Sympathieträger für die Einzelmitglieder sein.“



Guter Kontakt zur Politik: Hier mit dem Regierenden Bürgermeister

Langjährige Erfahrung und gute Vernetzung

Erforderlich dazu seien langjährige Erfahrung in dbb Gremien auf Bundes- wie auf Landesebene, eine gute Vernetzung mit den dbb Mitglieds-gewerkschaften beziehungsweise Kenntnis über ihre unterschiedlichen Interessenlagen sowie ein hoher Bekanntheitsgrad auf politischer und Verwaltungsebene, um in diesen Bereichen das Profil des dbb berlin zu schärfen.

Frank Becker, der seit fünf Jahren die Geschicke des dbb berlin lenkt, hat diese Erwartungen mehr als erfüllt. O-Ton Dames: „Er hat das Ansehen des Landesbundes in der dbb Familie gestärkt und durch



Als strahlender Chef: Mit den beiden Mitarbeiterinnen des dbb berlin, Patricia Stehr (links) und Manuela Müller (rechts)

geschickte Öffentlichkeitsarbeit in der Medienwelt die prekäre Lage des öffentlichen Dienstes verdeutlicht. Seine guten Verbindungen in der Politik – und zwar zu allen Parteien – haben dazu geführt, dass in Berlin ein politisches Umdenken bezüglich Wertschätzung und Bezahlung erfolgte.“

Glückwünsche und Anerkennung aus der Politik

Jüngster Beleg für das hohe Ansehen, das der dbb Landeschef in der Berliner Politik genießt, sind auch die zahlreichen Glückwünsche aus dem Senat und dem Abgeordnetenhaus zu seiner Wiederwahl.

So zollte etwa Berlins Regierender Bürgermeister in einem Schreiben dem wiedergewählten dbb Landeschef Respekt und Anerkennung für seine wichtige Arbeit, um die auch der Senat von Berlin wisse.

„Der öffentliche Dienst ist das Rückgrat von Berlin. Er ist der Garant dafür, dass das große Räderwerk unserer Stadt kontinuierlich läuft und Dienstleistungen für die Menschen erbringt.

Es ist gut, dass die Beschäftigten mit Ihnen auch weiterhin einen engagierten und hartnäckigen Streiter für ihre Interessen haben“, so der Berliner Regierungschef wörtlich.

Auf eine weitere gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit freut sich Innensenator Andreas Geisel, der in seinem Gratulationsschreiben nicht ohne Stolz darauf verwies, dass mit Becker ein Beamter seines Hauses an prominenter Stelle die Interessen der Beschäftigten des Landes Berlin vertritt.



© Friedhelm Windmüller (4)

Als gut gelaunter Gastgeber: Mit der Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses, Schmidt, beim Parlamentarischen Fröhschoppen des dbb berlin



dbb

15 Thesen zur Digitalisierung

In 15 Thesen hat der dbb beamtenbund und tarifunion die Anforderungen an die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung zusammengefasst. Ziel ist es, die Chancen der technischen Entwicklung optimal zu nutzen, ohne Risiken und Nebenwirkungen zu vernachlässigen.

Abgesehen von technischen Erfordernissen, wie Netzausbau, insbesondere auch in ländlichen Gebieten, wird in dem Thesenpapier insbesondere für einheitliche, untereinander kompatible Standards in Bund, Ländern und Gemeinden plädiert, um eine gemeinsame Datennutzung und Kommunikation zu ermöglichen. Die derzeitigen Insellösungen gelte es zu überwinden und im Zuge der Zentralisierung Datensicherheit und Datenschutz zu verschärfen.

Rechte der Personalvertretungen stärken

Auch die Mitarbeiterbeteiligung dürfe bei der Digitalisierung nicht außer Acht bleiben. Hier fordert der dbb eine Stärkung der Rechte der Personalvertretungen. In einer weiteren These betont der dbb die Bedeutung der Bildung für erfolgreiche Digitalisierungsprozesse und fordert unter anderem, Medienkompetenz in die Ausbildung von Lehrkräften und Erziehern zu implementieren. Klar werden in dem Papier auch die Grenzen der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung aufgezeigt: „Wo es um Ermessen, Gesetzesauslegung und die Berücksichtigung von Einzelfällen geht, müssen auch in der digitalen Welt Handlungs- und Entscheidungsspielräume bleiben und Verantwortlichkeiten nachvollzogen werden können.“

Wettbewerbsfähige Bezahlungsangebote

Auch zu den anfallenden erheblichen Kosten wird klar Stellung bezogen. Das gilt nicht nur für Infra-

struktur und Ausstattung, sondern auch für qualifiziertes Personal, dem im öffentlichen Dienst wettbewerbsfähige Einkommens- und Entwicklungsmöglichkeiten geboten werden müssen.

Die Dringlichkeit, jetzt zu handeln und die technische Entwicklung nicht zu verschleppen, wird in dem Thesenpapier auf besonders plastische Weise mit einer für 2035 skizzierten Horrorvision unterstrichen:

Drohende Horrorvision?

„Bürgerämter sind dünn gesät, die wenigen Kindertagesstätten platzen aus allen Nähten. Gute Schulen gibt es nur noch in Baden-Württemberg und Bayern. Zulassungsstellen sind lediglich für großzügig zusammengefasste Landkreise verfügbar.“

Polizei und Feuerwehr können 50 Prozent gar nicht mehr oder nur noch mit einer Minimalbesetzung fahren. Bauanträge werden so langsam bearbeitet, dass der Schwarzbau fröhliche Urstände feiert, der Zoll kann die ausufernde Schwarzarbeit nicht mehr eindämmen und so weiter.

Bürgerinnen und Bürger sind zum Spielball des Staatsversagens geworden und der Personalmangel im öffentlichen Dienst kann nicht online ausgeglichen werden, weil Deutschland die Digitalisierung öffentlicher Infrastrukturen verschlafen hat.“ ■

Kommunaler Nahverkehr Berlin

Tarifverhandlungen erfolgreich abgeschlossen

Der dbb beamtenbund und tarifunion hat am 13. Juni 2018 mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband Berlin die Tarifverhandlungen für einen neuen Entgelttarifvertrag für 2018 abgeschlossen.

Wie gefordert, wurde das zur Verfügung stehende finanzielle Gesamtvolumen so verteilt, dass die unteren Entgeltgruppen besonders berücksichtigt werden.

Konkret erhalten rückwirkend ab 1. Januar 2018 die Beschäftigten in den Entgeltgruppen 1 bis 7 einen monatlichen Festbetrag in Höhe von 75 Euro und die Beschäftigten in den Entgeltgruppen 8 bis 15 einen monatlichen Festbetrag in Höhe von 70 Euro.

Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von zwölf Monaten bis zum 31. Dezember 2018.

Im Durchschnitt bedeutet dies bei einer Vertragslaufzeit von zwölf Monaten eine Steigerung von über 3,5 Prozent für diese Entgeltgruppen. Der vereinbarte Festbetrag verhindert, dass die Schere zwischen den einzelnen Entgeltgruppen weiter auseinandergeht.



Das Ergebnis setzt nach Einschätzung des dbb beamtenbund und tarifunion ein erstes Zeichen gegen den akuten Personal- und Fachkräftemangel etwa im Fahrdienst. ■

VBE

Hilferufe aus den Grundschulen!



„Die Berliner Schule braucht keinen Arbeitskreis, wenn die Politik nicht weiterweiß. Lehrer und Schüler brauchen sofort Unterstützung, bevor die Bildung in Berlin vollends an die Wand gefahren wird“, kommentierte die Vorsitzende des VBE Berlin, Heidrun Quandt, das Angebot von Bildungsministerin Scheeres, eine Bundesinitiative von Bund und Ländern für Brennpunktschulen zu starten.

„Das schafft keine Abhilfe in der jetzigen Situation. Die gegenwärtig regierenden Koalitionsparteien postulieren seit Jahren immer neue Grundschulreformen, ohne diese finanziell, personell, sächlich oder räumlich auch nur annähernd den pädagogischen Notwendigkeiten entsprechend auszustatten“, so Quandt weiter.

Die ideologisch geprägte schnelle Umsetzung der inklusiven Schule ohne eine ausreichende Anzahl

von Lehrern und Sonderpädagogen sowie die schnelle Auflösung von Sonderschulen hätten das pädagogische Chaos an die Schulen gebracht, unter dem nicht nur die Lehrerschaft leidet, sondern auch die Schüler mit oder ohne sonderpädagogischem Förderbedarf.

Als einen der größten Fehler bezeichnete die VBE-Landesvorsitzende die Abschaffung der Vorklassen, die die Kinder auf die Schule vorbereitet hatten. ■

gkl berlin

Stabwechsel bei der Seniorengruppe

Die gkl berlin Seniorengruppe hat am 26. Juni 2018 ihren langjährigen Vorsitzenden Reinhard Knieriemen verabschiedet und Dietmar Gentz einstimmig zu seinem Nachfolger gewählt.



Der alte (rechts) und der neue Vorsitzende der Seniorengruppe

Aus gesundheitlichen Gründen hatte Knieriemen bereits beim Gewerkschaftstag des dbb berlin alle Ämter niedergelegt und war vom dbb Landesvorsitzenden Frank Becker mit der „goldenen dbb Ehrennadel“ für sein gewerkschaftliches Engagement innerhalb des dbb berlin geehrt worden.

Für die gkl berlin bedankte sich bei der Junisitzung der Seniorenvertretung Landesgeschäftsführer Michael Mc Laughlin im Namen der gesamten Landesleitung für das langjährige ehrenamtliche gewerkschaftliche Engagement, insbesondere in der Seniorengruppe, von Reinhard Knieriemen. Bei der erforderlichen Nachwahl für den vakanten Posten des Vorsitzenden wurde Dietmar Gentz einstimmig gewählt.

Gentz war als Beamter in der Personalstelle der Technischen Universität von Berlin bis zu seiner Pensionierung tätig.

Die Seniorengruppe und die Landesleitung der gkl berlin wünschen ihm viel Glück und Erfolg bei seiner neuen Aufgabe. ■

BLBS Berlin fördert Sprachpartnerschaften

Geflüchtete Menschen haben im Aufnahmeland keine Chance auf Integration, wenn sie die Landessprache nicht erlernen. Ganz allein ist das allerdings fast unmöglich, stellt der BLBS Berlin fest und wird deshalb in Kürze die Initiative „Sprachpartnerschaften Berlin“ starten.

Deutsche Muttersprachler und Geflüchtete sollen durch den BLBS Berlin zusammengebracht werden, um den Austausch zu fördern, Sprachbarrieren zu überwinden und Vorurteile gegenüber anderen Nationalitäten abzubauen.

„Nur durch die praktische Anwendung der deutschen Sprache im Alltag ist das Erlernen am besten möglich“, so die stellvertretende Landesvorsitzende des BLBS Berlin, Kathrin Urban. ■

Ausbildungsstart

Rechtzeitig über Krankenversicherungsschutz informieren!

Der Verband der privaten Krankenversicherung rät allen Beamtenanwärtern und Referendaren, sich rechtzeitig über ihren Krankenversicherungsschutz zu informieren und weist auf die klassische Kombination von Beihilfe und privater Krankenversicherung für die Absicherung von Beamten im Krankheitsfall:



„In den kommenden Wochen beginnt für viele Beamtenanwärter und Referendare die Ausbildungszeit. Sie müssen sich dann mit der Frage nach ihrer Krankenversicherung auseinandersetzen. Dabei hat sich die Kombination von individueller Beihilfe und privater Krankenversicherung (PKV) bewährt: Immerhin 94 Prozent aller Beamten in Deutschland haben sich für diese klassische Absicherung entschieden.“

Beihilfezahlungen ruhen in der GKV

Alternativ besteht für Beamte die Möglichkeit, sich freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu versichern. Bei dieser Absicherung ruhen allerdings die Beihilfezahlungen. Das bedeutet, dass die Beamten den kompletten GKV-Beitrag allein zahlen müssen. Inklusiv Pflegeversicherung sind das aktuell bis zu 800 Euro monatlich.

Viel Beachtung erhält daher zurzeit der Sonderweg, den das Bundesland Hamburg jetzt einschlägt. Denn in der Hansestadt haben Neubeamte ab dem 1. August die Wahl zwischen der klassischen Kombination von Beihilfe und privatem Krankenversicherungsschutz und einem pauschalen Beitragszuschuss (auch pauschale Beihilfe genannt) zu einer freiwilligen Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Für Beamtenanfänger in Berlin hat dies gegenwärtig zwar keine Relevanz. Allerdings hegt auch der rot-rot-grüne Berliner Senat durchaus Sympathien für den rot-grünen Hamburger Sonderweg.

Vorsicht vor Hamburger Sonderweg

Die Entscheidung für einen Beitragszuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung sollten sich die Beamtenanfänger in Hamburg allerdings gut überlegen. Denn sie ist unwiderruflich. Das heißt, solange

sie als Beamte in Hamburg bleiben, verzichten sie lebenslang auf die individuelle Beihilfe. Das könnte später schwerwiegende Folgen haben:

- Die Beamten hätten dauerhaft den Status „freiwillig Versicherte“ in der GKV. Das bedeutet, sie müssen im Ruhestand Beiträge auf alle privaten Einnahmen zahlen – inklusive Kapitalerträge, Lebensversicherungen, Mieteinkünfte und gegebenenfalls sogar Einkünfte des Ehepartners – bis zum Höchstbetrag der Bemessungsgrenze (derzeit 4425 Euro pro Monat).
- Die Regelung gilt nur für Hamburg. Bei einem Wechsel in ein anderes Bundesland müssen die Beamten damit rechnen, den vollständigen Beitrag zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung allein zahlen zu müssen. Ein erleichterter Zugang zur privaten Krankenversicherung im Rahmen der sogenannten Öffnungsaktion ist dann in der Regel nicht mehr möglich.

Rechtzeitig informieren

Unabhängig von diesen politischen Überlegungen gilt aber generell, dass sich zukünftige Beamte rechtzeitig mit dem für sie passenden Krankenversicherungsschutz beschäftigen sollten. Interessenten finden auf der neuen Internetseite www.beamte-in-der-pkv.de des Verbandes der privaten Krankenversicherung übersichtliche und leicht verständliche Informationen über die bewährte Kombination von Beihilfe und privater Krankenversicherung. Gleichzeitig werden wichtige Fachbegriffe erklärt.

Öffnungsaktion für alle Neubeamten

Eine private Krankenversicherung steht übrigens allen Neubeamten offen – unabhängig von Vorerkrankungen oder einer Behinderung, dafür gibt es eigens eine sogenannte Öffnungsaktion. Sie garantiert, dass kein Antragsteller aus Risikogründen abgelehnt wird. Voraussetzung ist lediglich, dass der Antrag innerhalb von sechs Monaten nach der Verbeamtung gestellt wird. Das gilt auch für Angehörige. Beihilfe und PKV passen eben perfekt zusammen. ■

www.badegwaesser-berlin.de mit Infos zu Badestellen und Qualität geht online

Note „sehr gut“ für Berliner Badegewässer!

Die Sommerferien sind da – und wer unter heimischer Sonne in die Fluten springt, kann sich nicht nur über beste Badewasserqualität freuen, sondern sich über eine neue Webanwendung auch einfach und schnell über die Qualität der Badestellen informieren.



©fSEID / stock.adobe.com

In keiner anderen Millionenstadt gibt es derart viele und vielfältige Möglichkeiten zum Baden an natürlichen Gewässern wie in Berlin, heißt es in einer Presseerklärung der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung. Alle Gewässer an den 39 offiziellen Badestellen seien zum Baden geeignet und würden durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) alle 14 Tage überprüft – an der Unterhavel wegen der besonderen Verschmutzungsrisiken durch die Zuflüsse von Spree und Havel aus dem Berliner Stadtgebiet sogar im wöchentlichen Rhythmus.

Über die Badegewässerqualität informieren können sich die Berlinerinnen und Berliner jetzt auch mobil über www.badegwaesser-berlin.de. Das Besondere daran: Für Badestellen an Flüssen, die durch Mischwasserüberläufe bei Starkregen beeinflusst werden, werden sogar Prognosen darüber angezeigt, wann wieder gebadet werden kann.

In der Spree, in den Kanälen, in der Havel von der Insel Eiswerder bis zum Pichelsdorfer Gmünd, einschließlich der seenartigen Erweiterungen bis Höhe Schildhorn, in den Häfen, an Brücken, in Schleusen, an Schiffsanlegestellen sowie an Fähren ist das Baden aus Sicherheitsgründen immer verboten. ■

dbb berlin

Erfolgreiche Werbung mit brandung3

Wenn es um Kommunikation und Werbung jeder Art geht, kann der dbb berlin sich seit vielen Jahren auf einen bewährten Partner verlassen, nämlich die Agentur brandung3. Ob es um die Gestaltung von Broschüren geht, um Werbemittel wie Kugelschreiber oder USB-Sticks, immer haben die Experten der Köpenicker Agentur eine zündende Idee, die sie schnell und zuverlässig in die Tat umsetzen. Auch die gelungene optische Gestaltung des gerade zurückliegenden Landesgewerkschaftstages hat das kleine, aber feine Team von brandung3 bewerkstelligt. Grund genug, diesen Partner des dbb berlin einmal näher vorzustellen.



wahlkämpfe, unterstützte kommunikativ Tarifverhandlungen und Mitgliederwerbaktionen, wir kreierten Kampagnenmotive, druckten Plakate, Flyer, aufputschende Werbemittel, schützende Kondome, schwarze Bleistifte, praktische Lineale, lustige Türanhänger und vieles mehr.

Neben den kurzweiligen Werbemittellayouts erarbeitet das brandung3-Team aber auch umfangreichere Werke. Wir setzen Bücher und Broschüren grafisch um und bringen diese zum Druck. So haben wir den Geschäftsbericht des dbb berlin gestaltet und hergestellt.

Messebau und Eventbetreuung

Ein kleiner, aber spannender Bereich der brandung3-Crew ist der Messebau und die Eventbetreuung. Auch hier steht im Fokus: Als Ansprechpartner und voller Service vom Akkreditierungsbadge/Ticketing bei Veranstaltungen über 10 000 Personen bis hin zur Bühnengestaltung, wie die dbb berlin Bühne zum Landesgewerkschaftstag 2018 in der Katholischen Akademie, sind wir verlässlicher Partner.

Bei brandung3 zählt eine fundierte Ausbildung – das Team besteht selbstverständlich aus Grafikern mit IHK-Abschluss beziehungsweise Inhabern mit absolviertem Studium der Wirtschafts- und Gesellschaftskommunikation. Das ermöglicht uns, sowohl für mittelständische Betriebe als auch Organisationen, Verbände und Gewerkschaften kompetente Ansprechpartner zu sein.“

Dazu Inhaber Steffen Böttcher: „Welche Welle hat da Berlin erreicht? brandung3 ist das Wortspiel aus branding und der Energie einer 3-fachen Brandungswelle, mit der unsere Kommunikation wirken soll.“

Die Berliner fullservice Werbeagentur beschäftigt sich in kleinem Team seit über 20 Jahren in den Bereichen Beratung, Gestaltung, Druck, wobei unter Druck bei brandung3 von der Visitenkarte bis zum Bühnenbanner alles erstellt wird.

Persönlicher Service großgeschrieben

Dabei spielt der persönliche Kundenservice in der Köpenicker Agentur eine zentrale Rolle. Bei zunehmender Anonymisierung von Kommunikationsleistungen sind wir für den dbb berlin und Fachgewerkschaften seit über zehn Jahren ein verlässlicher Ansprechpartner in der gemeinsamen kommunikativen Ideenfindung.

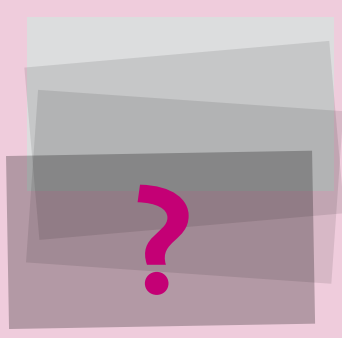
brandung3 betreute im Rahmen des dbb berlin und seiner Fachgewerkschaften mehrere Personalrats-

brandung³network
[kommunikation]

KONTAKT:

brandung3
Müggelseedamm 70
im Wassersportzentrum Berlin
12587 Berlin
Telefon: 030.70220204
E-Mail: info@brandung3.de
www.brandung3.de

Fisch-, Vogel-fang-gerät	↘	Landhaus (französisch)	↘	Stinktier	<p>UNSERE GEWINNERIN</p> <p>Kirstin Wohlgemuth aus 13595 Berlin hat das Juni-Preisrätsel geknackt und wurde als Gewinnerin eines Samsonite-Knirpses und eines handlichen ledernen Nagelneedaires ausgelobt.</p> <p>Herzlichen Glückwunsch!</p> 										Gruppen-sprache, Soziolekt	↘	Fluss zum Rhein	sehr fein geripptes Gewebe	↘			
Zimmerwinkel	→														Fluss durch Florenz	→						
großer Nachtvogel	→		5	franz. Schauspieler (Alain)																1		
Mineral- oder Gesteins-körnchen	→																					englische Schul-stadt
			3												Preis-schild	↘	Einfall, Gedanke	ver-gelten	↘	Binde-wort	Äußeres, Gestalt	ein Erdteil
eine Blume; ein Gewürz	Kosten, Auslagen			aus ge-gerbter Tier-haut						bocks-füßiger Wald-geist			dän. See-fahrer (Vitus)									
							Ab-schieds-gruß (span.)					Wasch-fass	Kassen-zettel; Gut-schein		10							
ein Germane		mittel-großer Papagei		Organ des Harn-systems		9			Übrig-geblie-benes	kratzen, eingra-vieren					Bedeutung, Geltung							
				Frau Jakobs im A. T.			TV-, Radio-sender (Abk.)	Haut-salbe					Ausruf der Bestür-zung		rumän. Wäh-rungseinheit							
tapferer Mann, Heros				im Flug singender Boden-brüter						7	spani-scher Artikel	ital. Polar-flieger (Umberto)		6								
								Zitter-pappel					der dort		8							
Gesangs-stück für drei Stimmen				Gebälk-träger (Bau-kunst)																		



Visitenkarten zu gewinnen!

Gleich für drei Gewinnerinnen beziehungsweise Gewinner hat **brandung3** je 250 Visitenkarten ausgelobt.

Besonderes Highlight:

Die Visitenkarten werden von der Werbeagentur fachmännisch gestaltet.

Mitmachen lohnt sich also wieder!

Schicken Sie das Lösungswort bis **10. August 2018** an:

dbb berlin
post@dbb.berlin
Fax: 030.327952-20

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

PREISRÄTSEL

Neue Initiative gegen Hass und Gewalt

Der Friedrichstadt-Palast hat eine neue Initiative #KartenGegenTaten gestartet und vergibt Ehrenkarten (Freikarten) an Betroffene von Hass und Gewalt. Bereits mit seinen vorangegangenen Aktionen #RespectEachOther und den ‚Colours of Respect‘, denen sich auch der dbb berlin angeschlossen hat, hatte der Friedrichstadt-Palast ein Zeichen für Vielfalt, Freiheit und Demokratie gesetzt.

Es macht für uns keinen Unterschied, ob Gewalt von links, rechts oder aus der Mitte der Gesellschaft kommt, jede Form verbaler und tätlicher Aggressivität ist verachtenswert, heißt es zu der neuen Initiative in einer Pressemeldung.

„Als größte Bühne des Landes Berlin ist unser Haus der Palast aller Berliner(innen) und aller in Deutschland lebenden Menschen. Betroffene von Hass und Gewalt sollen spüren, dass die Tat und die Täter(innen) abgelehnt werden und dass ‚wir‘, die Mehrheit der Gesellschaft, auf der Seite der

Betroffenen sind. ‚Die Gesellschaft‘ sind für uns alle, die deutsch geboren oder deutsch wurden oder in Deutschland längere Zeit oder dauerhaft leben.

Die meisten schlechten Taten sind mit guten Taten nicht aus der Welt zu schaffen, aber Anteilnahme hilft den Betroffenen dennoch mehr als Schweigen und Wegsehen. #KartenGegenTaten ist nur ein kleiner Trost, ein kleiner Akt der Solidarität und der Versicherung, nicht allein zu sein. Nicht mehr und nicht weniger“, so Intendant Dr. Berndt Schmidt.

BSBD Berlin verurteilt Brandanschlag

Der BSBD Berlin hat den Brandanschlag auf das Auto einer Kollegin aus dem Justizvollzug Ende Juni auf das Schärfste verurteilt! Nach Informationen der Polizei hat es sich um eine gezielte Tat gehandelt, bei der das Auto vollständig ausgebrannt ist.

„Gott sei Dank hat die Kollegin keinen persönlichen Schaden genommen. Allerdings ist der Sachschaden sehr groß“, äußerte sich der Landesvorsitzende des BSBD Berlin, Thomas Goiny, zu dem sinnlosen Vorfall. Zu dem Anschlag hat sich offenbar eine linksextremistische Organisation bekannt, und die betroffene Kollegin hatte auf dem Weg zur Dienststelle Dienstkleidung getragen.

Der BSBD Berlin empfiehlt deshalb allen Beschäftigten, besondere Wachsamkeit beim Fahren in Dienstkleidung walten zu lassen und sicherheitsrelevante Vorfälle und Beobachtungen unverzüglich der zuständigen Sicherheitsabteilung in den Vollzugsanstalten zu melden. Dagegen warnt der BSBD Berlin vor einer „Kapitulation“ des Rechtsstaats vor den Attacken extremistische Gewalttäter auf diejenigen, die Recht und Gesetz Geltung verschaffen. Der Staat und seine Vollzugsorgane müssten weiterhin „Flagge“ zeigen und sich der Bevölkerung zu erkennen geben.

Zudem hat der BSBD Berlin im Gespräch mit der zuständigen Fachabteilung erneut die Forderung gestellt, auch endlich dafür Sorge zu tragen, dass die Bediensteten in ihrer Dienstkleidung neben der BVG auch die S-Bahn und die Deutsche Bahn kostenfrei nutzen können. Hier bedarf es einer politischen Entscheidung des Senats im Rahmen der Vereinbarung mit dem Verkehrsverbund Berlin/Brandenburg (VVB). Hier muss der Justizsenator tätig werden.

Wir werden uns weiterhin für einen umfangreichen Schutz der Kolleginnen und Kollegen und deren Angehöriger einsetzen. Das gilt auch für den Schutz der persönlichen Daten.

„Der Rechtsstaat darf bei solchen Anschlägen nicht klein beigeben, sondern muss mit allen Mitteln dafür Sorgen tragen, dass die Täter ermittelt und die Beschäftigten geschützt werden“, forderte Goiny.

LETZTE MELDUNG